

Unsere Demokratie in der Krise

Jacques Rupnik*

Vor 35 Jahren wurde im Zuge der Rückkehr der Demokratie die Sozialwissenschaftliche Fakultät (FSV) an der Prager Karls-Universität eingerichtet. Deren *spiritus agens* war der tschechische Soziologe Miloslav Patrusek. Er bemühte sich, einen Kreis von Dozenten zu versammeln, dem auch ich die Ehre hatte anzugehören. Ziel war es, einige Fachbereiche wiederzubeleben, so zum Beispiel die Politologie oder Politische Soziologie. Vor allem ging es jedoch darum, die mit der neu entstehenden Demokratie einhergehenden Phänomene und Prozesse zu verstehen. Diese Entwicklungen waren Teil eines internationalen Aufblühens des Wissenschaftsbetriebes, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau, und können unter dem Begriff »transitions to democracy« zusammengefasst werden.

Diese Entwicklung bestimmte die Themen, Begrifflichkeiten und Theorien, auf die wir uns gestützt haben. Angefangen bei der Problematik des Dahrendorf'schen Dreisatzes für Mitteleuropa: Wahlen und eine neue Verfassung – 6 Monate; Übergang zur Marktwirtschaft – 6 Jahre; Herausbildung einer Zivilgesellschaft – 60 Jahre.¹ Diese drei Dimensionen der Transformation hin zur Demokratie waren eng miteinander verwoben, hatten aber jeweils einen anderen Zeithorizont. Der Umgang mit der Zeit war die zentrale politische Herausforderung der Transformationsphase.

* Dieser Text ist eine leicht redigierte Fassung eines Vortrags mit dem Originaltitel *Naše nynější krize demokracie*, der am 23. Juni 2025 an der Karls-Universität Prag gehalten wurde.

1 Dahrendorf, Ralf (1990): *Betrachtungen über die Revolution in Europa*. München: DVA.

Ein Teil der Angehörigen der FSV traf sich im Jahr 1990 in Turin zu einem Kolloquium, das von Professor Václav Bělohradský organisiert worden war und in dessen Nachgang ein Buch mit dem Titel *Democrazie da inventare* herausgegeben wurde, oder eben die Neu-erfindung der Demokratie.²

Das war quasi gestern, in den 1990er Jahren, und was ich gerade erwähnt habe, ist keine nostalgische Erinnerung, sondern die Feststellung, dass wir uns in einer völlig anderen, geradezu gegensätzlichen Zeit befinden. Wir studieren nicht mehr die Bedingungen der Entstehung von Demokratie, sondern den Verfall und die Abkehr von Demokratie sowie das Abdriften hin zu halb autoritären Regimen oder sogenannten »illiberalen Demokratien«. Dieser aus der Politikwissenschaft stammende Begriff ist in die Politik übernommen worden, als Viktor Orbán ihn vor zehn Jahren in Ungarn für sich vereinnahmt hat.

Vor 30 Jahren ging es um die »Verbreitung von Demokratie« nicht nur in Mitteleuropa. Heute untersuchen wir wie in einer Art Vergleichsstudie ihren Rückgang und überlegen gar Möglichkeiten zu ihrer Rettung. Es genügt, sich die aktuelle Debatte über den Zustand der Demokratie in den Vereinigten Staaten anzusehen, die bis vor kurzem, insbesondere in Mitteleuropa, noch als Vorbild und Stütze der liberalen Demokratie galten. Renommiertere Akademiker, darunter Francis Fukuyama (ja, »das Ende der Geschichte«, es gibt keine Alternative zur liberalen Demokratie, verkündete er kurz nach 1989!), diskutieren heute über die Gefahr ihres nahenden Todes.³ Martin Wolf, Autor des Buches *The Crisis of Democratic Capitalism*⁴, schreibt über Trumps Machtübernahme wie über einen »Staatsstreich«. Anne Applebaum hat ein Buch herausgegeben,

2 Bělohradský Václav et al. (1991): *Democrazie da inventare: culture politiche e Stato in Ungheria e Cecoslovacchia*. Turin: Edizioni della Fondazione Giovanni Agnelli.

3 Fukuyama, Francis (2020): *Der Liberalismus und seine Feinde*. Hamburg: Hoffmann und Campe.

4 Wolf, Martin (2023): *The Crisis of Democratic Capitalism*. London: Penguin.

das den aussagekräftigen Titel *Twilight of Democracy* trägt.⁵ Wenig später erschien die Fortsetzung *Autocracy, Inc.*⁶ Darin befasst sie sich mit dem aktuell weltweiten Vormarsch autoritärer Regime. Die Liste könnte ich noch weiter fortführen. Neue Forschungs- und Interessenbereiche sind zum Beispiel »democratic backsliding« und »transition to authoritarianism«.

Ich hatte eingangs davon gesprochen, dass die Gründung der FSV mit der Erneuerung der Demokratie zusammenhängt. Vor zwei Wochen hat die Universität Harvard, an der ich drei Jahre studieren durfte – eine Erfahrung, die mein Leben genau wie das vieler anderer Studierender stark geprägt hat –, eine Anordnung von Kristi Noem, Ministerin für Heimatschutz, erhalten: das Verbot, ausländische Studierende aufzunehmen. Dies ist ein nie dagewesener Eingriff und zugleich eine Mahnung, dass die Freiheit der Wissenschaft nicht irgendein veraltetes Privileg ist, sondern ein grundlegender Bestandteil einer freien und offenen Gesellschaft. Doch in dieser ehemaligen Bastion liberaler Demokratie scheint das nun keine Selbstverständlichkeit mehr.

Demokratie verbreitet sich vom Zentrum aus in Richtung Peripherie. Diese Annahme war vor 30 Jahren akademischer Konsens. Auch die Erweiterung der EU wurde oft so verstanden und präsentiert. Aber was, wenn nun dieses Zentrum selbst in Frage gestellt wird oder direkt Anteil an der Verbreitung einer populistischen Version von Demokratie hat? Kristi Noem flog einen Tag nach der Verkündung des Anti-Harvard-Dekretes nach Polen, wo sie die polnischen Wählerinnen und Wähler dazu aufrief, den Kandidaten der PiS-Partei, Karol Nawrocki, ins Präsidentenamt zu wählen: »Wenn Sie für Ihre eigene Sicherheit eine Sicherheitsgarantie der Amerikaner wollen, sollten Sie einen Präsidenten wählen, der Donald Trump nahesteht ...«

5 Applebaum, Anne (2021): Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist. München: Siedler.

6 Applebaum, Anne (2024): Die Achse der Autokraten. Korruption, Kontrolle, Propaganda: Wie Diktatoren sich gegenseitig an der Macht halten. München: Siedler.

Die Demokratie wird von außen durch die Expansion des russischen Reiches bedroht und von innen geschwächt: Durch massiv schwindendes Vertrauen in die politischen Eliten und Institutionen sowie in deren Fähigkeit, Krisensituationen und neue Herausforderungen zu bewältigen. Für den Anstieg von Populismus und die Verbreitung »illiberaler« Demokratie sind weder Putin noch die chinesischen Kommunisten verantwortlich, auch wenn beide Mächte versuchen, diese Entwicklungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dies stellt noch nicht den Beginn einer Diktatur dar, sondern den einer sogenannten »illiberalen Demokratie«: Es finden zwar Wahlen statt, jedoch sind der Rechtsstaat und die Gewaltenteilung faktisch aufgehoben und die unabhängigen Medien bedroht.

Dieses Infragestellen der Demokratie besitzt eine tschechische, eine mitteleuropäische, eine gesamteuropäische sowie eine internationale Dimension. In der tschechischen Parlamentswahl im Jahr 2025 hatte man die Wahl – ähnlich wie in anderen Staaten – zwischen einer liberalen proeuropäischen Koalition und einer populistischen Koalition, bei der die Partei von Andrej Babiš »ANO« zwei mögliche Koalitionspartner hat. Die eine Möglichkeit ist die tschechische SPD, Partner von Marine Le Pen, Geert Wilders und anderen nationalkonservativen Parteien in der EU. Der Vorsitzende der Partei, Tomio Okamura, ist ein Verfechter einer »direkten Demokratie« und will die tschechische Identität und Souveränität schützen.

Die andere Möglichkeit für Babiš war, sich in dieser Parlamentswahl mit der postkommunistischen Koalition, dem Wahlbündnis »Stačilo!« (dt.: Genug! Oder: Es reicht!) zusammenzutun. Die Partei von Babiš heißt »ANO« (dt. JA), aber es ist nicht klar, wozu »Ja« gesagt wird, weil es hauptsächlich um ein »Ja« für ihn selbst geht. Ähnlich wie in der Slowakei, wo Ministerpräsident Robert Fico vor 20 Jahren die Partei »SMER« (dt. Richtung) gegründet hat, ohne zu definieren, was für eine Richtung eingeschlagen werden soll. Hier greift nun eine gewisse Definition von Populismus: Zuerst bereite Fico den ehemaligen Wählerinnen und Wählern des in den 1990er Jahren aktiven Nationalpopulisten Vladimír Mečiar eine sanfte Landung (*soft landing*). Dann bekannte er sich zur Sozialdemokratie.

Heute steht Fico Orbáns 2024 gegründetem Parteienbündnis der »Patrioten für Europa« nahe und hat 2025 sogar an der konservativen CPAC-Konferenz in Washington teilgenommen, kurz bevor er anlässlich der Feierlichkeiten am 9. Mai Wladimir Putin in Moskau einen Besuch abstattete.

Die Abkehr von der liberalen Demokratie in Mitteleuropa lässt sich auf spezifische Ursachen zurückführen. Da ist zum einen das Erbe eines halben Jahrhunderts in Unfreiheit (1940–1990); zum anderen die seit dem 19. Jahrhundert schwachen Traditionen liberaler Demokratie und einer starken Zivilgesellschaft sowie die mangelnde Verwurzelung der neuen demokratischen Institutionen. Es ist jedoch wichtig, den Blickwinkel zu erweitern und zumindest die grundlegenden allgemeinen Erklärungsansätze zu erwähnen, die uns die Gesellschaftswissenschaften anbieten.

1. Sozioökonomische Gründe: Die umfangreiche wissenschaftliche Literatur betont die geschwächte Mittelschicht als »winner and loser« der Transformation. Dabei wird hervorgehoben, dass eine langfristige Stabilisierung der Demokratie ohne eine starke Mittelschicht nicht möglich ist. Barrington Moore bringt das in seinem klassischen Werk *Social Origins of Dictatorship and Democracy* (1966) folgendermaßen auf den Punkt: »No bourgeoisie, no democracy«. Doch damit meint der Historiker den Mittelstand, nicht das eine Prozent, dem zwei Drittel des globalen Reichtums gehören. Der politische Liberalismus wird demnach für die Exzesse des ökonomischen Liberalismus bestraft.⁷
2. Die zweite Hypothese bezieht sich auf das Erstarken des Nationalismus, des »Souveränismus« und der Identitätspolitik im gesamteuropäischen Kontext zunehmender mit dem Thema Migration zusammenhängender Ängste, insbesondere jedoch in den Gesellschaften Mitteleuropas, die – selbst nach dem Kalten Krieg – sehr homogen geblieben sind. Das ist eine Politik des Schutzes des eigenen Volkes und des Abschottens gegenüber einer liberalen »offenen Gesellschaft«. »Faschismus

7 Moore, Barrington (1966): *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. Boston: Beacon Press.

droht, wenn eine Angelegenheit einer Nation in Konflikt mit den Angelegenheiten der Demokratie gerät«, schrieb der ungarische Denker István Bibó im Jahr 1944.⁸ Die »Angelegenheiten der Nation« im Konflikt mit den Angelegenheiten der von der EU vertretenen liberalen Demokratie: So formulieren diese politische Entscheidung Viktor Orbán und seine mitteleuropäischen Partner in der neuen EU-Fraktion »Patrioten für Europa«, die die Ambition haben, die Europäische Union von innen heraus zu transformieren. »Brüssel besetzen!« lautet Orbáns Prämisse.

3. Und es gibt eine weitere, eine dritte Hypothese, die von Konservativen wie dem polnischen Politologen und Politiker (eine unglückliche Kombination!) Ryszard Legutko geprägt wird. In seinem Buch *The Demon in Democracy* sieht er in den sogenannten »Kulturkämpfen« und dem angeblichen Bemühen der EU, einen gesellschaftlichen Liberalismus (also die Einbeziehung der Rechte verschiedener Minderheiten) durchzusetzen, der die traditionellen Werte Familie – Volk – Religion/Kirche aufweicht. Das ist angeblich der Hauptgrund für die aktuelle Krise unserer Demokratie.⁹

Augenscheinlich stehen die mitteleuropäischen Merkmale in engem Zusammenhang mit der allgemeinen Tendenz.

Damit ist vor allem die Vertrauenskrise gemeint, die durch das Zusammenspiel der sich gegenseitig verstärkenden Trends – Technokratie und Populismus – weiter verschärft wird. Die Technokratie bemüht sich um die Entpolitisierung von Entscheidungen, die offensichtliche gesellschaftliche Auswirkungen haben. Die Anhänger des Populismus hingegen versuchen auf ihre Weise, ihre eigene Version einer politischen Umkehr, auch als »Tyrannei der Mehrheit« (Alexis de Tocqueville)¹⁰ bezeichnet, durchzusetzen. Dieser Weg führt in die »Post-Demokratie« (Colin

8 Bibó, István (1991): Deutsche Hysterie. Berlin: Insel Verlag, o. S.

9 Legutko, Ryszard (2016): *The Demon in Democracy: Totalitarian Temptations in Free Societies*. New York: Encounter Books.

10 »So lässt die Demokratie jeden nicht nur seine Ahnen vergessen, sie verbirgt ihm auch seine Nachkommen und trennt ihn von seinen

Crouch), gemeint ist damit nicht ein Leugnen von Demokratie, sondern ihre Aushöhlung (so wie »post-industriell« nicht »anti-industriell« oder »post-modern« nicht »anti-modern« heißt).¹¹

- Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert des Nationalismus.
- Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des Totalitarismus.
- Das 21. Jahrhundert begann unter dem Vorzeichen des Populismus.

Populismus hat verschiedene Ausprägungen, aber auch einen gemeinsamen Nenner: ein gegen die korruptierten Eliten geeintes Volk, wir und »die da oben« (was in Mitteleuropa zum Erbe der kommunistischen Zeit gehört). Die Populisten verbuchen den moralischen und politischen Anspruch auf das Monopol der Repräsentation des Volkes für sich. Dieses Volk will sich auf einen starken Leader verlassen. Es schätzt seine starken Worte und das Versprechen, entschieden zu handeln. Im Gegensatz dazu steht die Gewaltenteilung mit ihren langwierigen Aushandlungsprozessen, die von ihren Bürgerinnen und Bürgern oft als Handlungsunfähigkeit ausgelegt wird. Aber das ist schon längst nicht mehr nur ein Problem Mitteleuropas.

Im größeren Kontext betrachtet, bestimmen zwei Hauptfaktoren den Zustand der Demokratie und ihrer Zukunft. Demokratie, vor allem im heutigen medialen Zeitalter der sozialen Netzwerke, unterliegt der Tyrannei der Gegenwart. Das liegt an der kommunikativen Unmittelbarkeit der sozialen Netzwerke und ihrer Fähigkeit, Emotionen zu mobilisieren, vor allem Angst und »fluide Wut« gegenüber den Eliten, dem »System«, Fremden, Europa usw.¹²

Die Politik hat ihren Blick für die Zukunft eingebüßt. Übriggeblieben ist die Verwaltung des täglichen wirtschaftlichen und politischen Betriebs. Wer meint, er hätte eine Vision, wird zum Augenarzt geschickt. Alle Utopien des 20. Jahrhunderts haben

Zeitgenossen«, in Tocqueville, Alexis de (1984): Über die Demokratie in Amerika. München: dtv klassik.

11 Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

12 Bělohradský, Václav (2007): Společnost nevolnosti. Prag: SLON.

enttäuscht, und übrig geblieben ist nur noch eine letzte, ziemlich beängstigende: Sie ist technologisch, kommt aus Kalifornien und heißt KI – künstliche Intelligenz. Wir wissen noch nicht im Einzelnen, welchen Einfluss KI auf die Demokratie haben wird, aber es ist völlig klar, dass sie den Aufschwung des Zeitalters der Postfaktizität beschleunigen wird: Relevant sind nicht mehr Fakten, sondern nur noch Narrative. Doch wie lässt sich die für die Demokratie so wichtige öffentliche Sphäre erhalten und ein sinnvoller Dialog über das öffentliche Wohl führen, wenn eine Einigung auf die Fakten unmöglich ist?

Die Demokratie muss auch ihren eigenen Raum neu definieren, also einen passenden Rahmen abstecken, in dem zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Verantwortung ihren Zweck erfüllen können. Historisch gesehen ist Demokratie ein Output des Nationalstaates. Die europäischen Nationalstaaten sind »zu klein für große Dinge und zu groß für kleine Dinge«.¹³ Es müssen neue Wege der Kommunikation zwischen dem Lokalen, dem Gesamtstaatlichen und dem Europäischen gefunden werden. Die Stärkung der europäischen Dimension der Demokratie und der Dezentralisierung werden für die Erneuerung unseres politischen Systems und für unsere Fähigkeit, unsere Nachbarschaft zu beeinflussen, von entscheidender Bedeutung sein.

In der aktuellen Situation lässt sich das an zwei Erkenntnissen illustrieren: Mit dem Krieg und der Perspektive auf Annäherung der Ukraine an die EU verschiebt sich der geopolitische Schwerpunkt der Europäischen Union gen Osten. Gleichzeitig verschiebt sich der politische Schwerpunkt der Mitgliedstaaten nach rechts. Das ist nicht mehr ein rein mitteleuropäisches, sondern ein gesamteuropäisches Problem.

Zum Abschluss dieser nicht gerade ermutigenden Betrachtungen zum Stand unserer Demokratie möchte ich jedoch einige Möglichkeiten aufzeigen, wie sich der derzeitigen Krise begegnen

13 Hoffmann, Stanley (1966): *Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe*. In: *Daedalus*, Jg. 95, Nr. 3, S. 862–915.

lässt. Es ist kein Allerheilmittel, sondern, um Hašeks Švejk zu paraphrasieren, »eine leise Hoffnung in den Grenzen des Gesetzes«.¹⁴

Die Zukunft der Demokratie ist nicht, war nie und wird niemals gesichert sein. Das liegt in ihrer Natur und Verletzlichkeit begründet. Sie ist wie ein Schiff, in das unablässig Wasser eindringt, und unsere Sisyphus-Aufgabe ist es, dieses Wasser unablässig abzuschöpfen, damit wir uns über Wasser halten. Doch das ist immer noch ein vielversprechenderer Weg als ein totalitärer Eisbrecher, der, wenn er mit etwas kollidiert, schnell und hoffnungslos untergeht.

Ein wichtiger Appell kommt aus Polen: Es ist nicht unmöglich, das Abgleiten in eine illiberale Demokratie durch die Mobilisierung der Gesellschaft über Wahlen umzukehren. »Reversibility«. Ja, die Demontage ist anstrengend und niemand verfügt über eine einfache Anleitung. Kann oder muss man außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen, um die »Konterrevolution« zu brechen, die Jarosław Kaczyński und Viktor Orbán 2016 gemeinsam ausgerufen haben? Oder sich an die Regeln des Rechtsstaates halten und Veränderungen allenfalls von einer streikenden Administration, dem Präsidenten oder dem sich fest in den Händen der PiS befindlichen Verfassungsgericht blockieren lassen? Die Haupte Erkenntnis jedoch bleibt: Polen zeigt, dass das Erstarken des antidemokratischen völkischen Populismus aufgehalten und teilweise wieder umgekehrt werden kann. Die Parlamentswahlen in Ungarn im Frühjahr 2026 werden zeigen, welche eigenen Antworten die Menschen dort auf diese Fragen finden. Daher wird diese Wahl von großer Bedeutung für ganz Mitteleuropa sein.

Schließlich bleibt noch die bereits erwähnte europäische Dimension: Sie setzt denjenigen Mitgliedstaaten Grenzen, die unter dem Banner der Souveränität einen Weg der Abkehr vom Rechtsstaat eingeschlagen haben. Das trifft auf Polen zu, ebenso wie auf Ungarn und ganz aktuell auch auf die Slowakei. Wichtig ist jedoch vor allem: Egal welches kontrovers diskutierte Thema (Sicherheit, Klimawandel, Pandemie, Migration) man heute betrachtet, niemand kann ernsthaft behaupten, die Nationalstaaten wären in der Lage,

14 Hašek, Jaroslav (2015): Die Abenteuer des guten Soldaten Švejk im Weltkrieg. Stuttgart: Reclam.

diese Herausforderungen allein zu bewältigen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Verknüpfung von nationaler und europäischer Dimension der Demokratie immer mitgedacht werden muss. Hier verschmilzt die ursprüngliche Idee der Gründer des europäischen Projekts mit dem Inhalt der an dieser Universität erfolgreich gelehrt Europastudien.

Während man westlich von uns über den Niedergang der Demokratie debattiert, wird östlich von hier, in der Ukraine, ein erbitterter Kampf um das Schicksal des Landes und seiner Demokratie geführt. Das könnte unsere Bedenken relativieren: Wir wissen nicht, wie die perfekte Demokratie aussieht, aber wir wissen mit Sicherheit, was eine perfekte Diktatur ausmacht. Manchmal kann eine solche Vereinfachung, verbunden mit der Erkenntnis, dass diese demokratischen Dimensionen nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden dürfen, Impulse setzen. Impulse, die ganz Europa bewusst machen, was wirklich wichtig ist: die Werte Freiheit und Recht, welche sowohl der Demokratie als auch dem europäischen Projekt zugrunde liegen.

Aus dem Tschechischen übersetzt von Stefanie Bose